

28.09.2012

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

vor dreißig Jahren, am 1. Oktober 1982, wählte der Deutsche Bundestag Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Damals litt das Land unter hoher Arbeitslosigkeit, einer enormen Staatsquote und unter schwachem Wirtschaftswachstum. Die Menschen wollten einen Neuanfang und haben dies ein halbes Jahr später bei der Bundestagswahl 1983 eindrucksvoll unterstrichen. Unter Führung von Helmut Kohl hat die neue Koalition die Politik des Landes neu ausgerichtet: Zurück zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Stabilisierung der Sozialbeiträge und Sanierung des Staatshaushalts waren wichtige Stichworte. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft wurden wieder miteinander verbunden.



Genauso unbeirrt hat Helmut Kohl am Ziel der Einheit Deutschlands festgehalten. Und Helmut Kohl war es, der unbeirrt und zielstrebig die historische Chance zur glücklichen Wiedervereinigung unseres Landes ergriff. Zu Recht ist er daher der „Kanzler der Einheit“.

Helmut Kohl konnte die Einheit Deutschlands bei unseren Nachbarn und Partnern auch deswegen vermitteln, weil er von Beginn seiner Kanzlerschaft an deutsche Politik immer in die Zusammenhänge unserer europäischen Nachbarschaft eingebettet hat. Deutschland kann nur in und mit Europa gelingen, nie gegen Europa. Er wusste: die deutsche Einigung und die europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'A. Mattfeldt'.

Planungen zur Ortsumgehung B 74 Ritterhude

Heute habe ich mich gemeinsam mit dem Osterholzer Landrat Dr. Jörg Mielke mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen-Esser, getroffen. Es ging um die Ortsumgehung der B74 in Ritterhude.

Dem Bund liegt derzeit der Antrag des Landes Niedersachsen vor, mit dem es Grünes Licht für die Linienbestimmung der Ortsumgehung anfordert. Derzeit prüft das Bundesverkehrsministerium diesen Antrag. Da die geplante Ortsumgehung durch ein naturgeschütztes FFH-Gebiet führt, muss auch das Bundesumweltministerium dem Antrag zustimmen.



Deshalb habe ich heute gemeinsam mit Landrat Dr. Mielke mit meiner Kollegin und Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Ursula Heinen, getroffen und sie für unser Anliegen sensibilisiert. Wichtig ist vor allem, dass das Bundesumweltministerium den Antrag schnell bearbeitet sobald er vorliegt.

Für den Petitionsausschuss auf der Hanselife

Der Deutsche Bundestag zählte in diesem Jahr zu den Ausstellern der Verbrauchermesse HanseLife, die in der letzten Woche auf dem Bremer Messegelände stattfand. Der Petitionsausschuss, in dem ich Mitglied bin, hat dies zum Anlass genommen, eine Bürgersprechstunde an diesem Stand zu veranstalten.

Natürlich war es für mich selbstverständlich, die CDU/CSU-Kollegen des Ausschusses als im Umland ansässiger Abgeordnete dort zu vertreten. Das Petitionsrecht, welches im Grundgesetz verankert ist, ermöglicht es jedem, eine Petition an den Deutschen Bundestag einzureichen und so auf Gesetzeslücken oder Probleme mit Behörden hinzuweisen.

Für die Sprechstunde stand ich Rede und Antwort zur Arbeit des Petitionsausschusses. Natürlich ging es aber auch um aktuelle Fragen wie die Euroverschul-

dungskrise. Besonders gefreut hat mich, dass auch einige Besucher aus den Landkreisen Verden und Osterholz Station am Stand des Deutschen Bundestages machten.



Fraktion bezieht Position in Sachen Demographie

Der demographische Wandel ist in aller Munde und verändert bereits heute das Leben in Deutschland. Die Auswirkungen werden künftig noch deutlicher spürbar werden. Gerade in ländlichen Gebieten vor allem im Osten unseres Landes lässt sich die aktuelle Entwicklung bereits eindeutig ablesen: es gibt hier immer weniger Kinder und mehr ältere Menschen.

Die Union hat bereits erste richtige Entscheidungen getroffen und auf den Wandel zielgerichtet reagiert. Da sich dessen Vorzeichen nicht verändert haben, stehen wir auch heute noch zu unseren Beschlüssen – ganz anders als die Realitätsverweigerer in der Opposition: Die Rente mit 67 ist die angemessene Antwort darauf, dass die Menschen immer gesünder älter werden.

Wir gehen den demographischen Wandel gezielt, aber auch optimistisch an. Bewusst stellen wir die Familie an den Be-

ginn unseres Positionspapiers, weil sie für uns Keimzelle der Gesellschaft ist und bleiben soll. An dem Positionspapier habe ich maßgeblich mitgearbeitet. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hatte mich gebeten, Mitglied in der Arbeitsgruppe Demographie zu werden, die das Papier erarbeitet hat.

Die Union steht für die Stärkung der Familie als Ort intergenerationaler Solidarität. In Vorbereitung auf den Demographie-Gipfel der Bundesregierung, die sich bereits im April 2012 zu diesem Thema zu Wort gemeldet hat, legen wir als Fraktion ein eigenes Papier vor. Wir schaffen so die Grundlage einer Diskussion auf breiter Basis.

Änderung des Tierschutzgesetzes

In erster Lesung hat sich das Bundestagsplenum mit der Überführung der europäischen Tierversuchsrichtlinie in deutsches Recht befasst. Das bestehende deutsche Recht für Tierversuche sieht bereits jetzt einen weitergehenden Tierschutz vor, daher ist dieser Aspekt wenig strittig. Die Veränderung des Tierschutzgesetzes wird komplettiert mit weiteren Aspekten, etwa Bestimmungen zur Ferkelkastration, die ab 2017 nicht mehr betäubungslos erfolgen soll.

Auch der Schenkelbrand bei Pferden soll zukünftig nicht mehr möglich sein. Wie bereits mehrfach an dieser Stelle berichtet, habe ich das Thema seit längerem im Blick und arbeite daran, eine Mehrheit dafür zu finden, das Schenkelbrandverbot aus der Tierschutzgesetz-Novelle herauszulösen. Dieses Schenkelbrandverbot ist aus falsch verstandenem Tierschutzgedanken heraus entstanden. Der Schenkel-



brand ist allerdings wesentlich fälschungssicherer und weniger gesundheitsgefährdend für die Fohlen als das Chippen. Deshalb hoffe ich, dass es uns gelingt, den Schenkelbrand weiter zu erhalten.

Parallel dazu arbeite ich daran, dass die Regelungen zu Rassegeflügelausstellungen in dem Gesetzesentwurf geändert werden.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range